

HALLE GEGEN RECHTS – BÜNDNIS FÜR ZIVILCOURAGE



Halle gegen Rechts | Große Klausstraße 11 | 06108 Halle

An die Fraktionen der

CDU,
SPD,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
DIE LINKE
und ihre Mitglieder

im Landtag von Sachsen-Anhalt

per Mail

**Halle gegen Rechts –
Bündnis für Zivilcourage**
Große Klausstraße 11
06108 Halle (Saale)

Sprecher*innenkreis
kontakt@halle-gegen-rechts.de

Büro: 0345 / 27 98 07 10
www.halle-gegen-rechts.de
www.fb.com/HallegegenRechts
www.twitter.com/halgr

Halle, den 22. Oktober 2018

Stellungnahme zum Antrag der AfD Drucksache 7/3480

Sehr geehrte Mitglieder des Landtages von Sachsen-Anhalt,

hiermit nehmen wir Stellung zu dem oben genannten Antrag der rechtsextremen AfD-Fraktion im Landtag von Sachsen-Anhalt.

Halle gegen Rechts – Bündnis für Zivilcourage veranstaltet seit 2011 jährlich die „Bildungswochen gegen Rassismus“ in Halle (Saale) gemeinsam mit zahlreichen Partner*innen und Unterstützer*innen, darunter die Stadt Halle (Saale), der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB), Kirchengemeinden, Vereine, Parteien, Träger der Jugend- und Bildungsarbeit, die Gedenkstätte Roter Ochse in Halle, der Studierendenrat der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg und die Freiwilligen-Agentur Halle. Die Bildungswochen sind Teil der bundesweiten Initiative „Internationale Wochen gegen Rassismus“ (IWGR), getragen durch den „Interkulturellen Rat in Deutschland“ und finden immer rund um den „Internationalen Tag gegen Rassismus“, ausgerufen von den Vereinten Nationen, statt. Sie stehen unter der Schirmherrschaft des Oberbürgermeisters der Stadt Halle (Saale).

Diese erfolgreiche Bildungsarbeit mit ihrem breiten Programm wird auch bundesweit als beispielhaft wahrgenommen. So konnten wir im Jahr 2016 die zentrale bundesweite Eröffnung der IWGR in Halle (Saale) gemeinsam mit dem „Interkulturellen Rat in Deutschland“ ausrichten und dazu Vertreter und Vertreterinnen aller zu diesem Zeitpunkt im Landtag vertretenen Parteien begrüßen, unter ihnen auch den Minister für Inneres und Sport des Landes Sachsen-Anhalt, Holger Stahlknecht (CDU). Im Jahr 2017 wurde Halle gegen Rechts – Bündnis für Zivilcourage für die Arbeit gegen Rechtsextremismus und für die Demokratie und eine offene Gesellschaft mit dem Preis „Botschafter für Demokratie und Toleranz“ durch das „Bündnis für Demokratie und Toleranz“ (BfDT) – getragen durch die Bundesministerien des Inneren und der Justiz – ausgezeichnet.

HALLE GEGEN RECHTS – BÜNDNIS FÜR ZIVILCOURAGE

Bildungswochen 2017

Inhaltlich verantwortet und organisiert werden die Bildungswochen gegen Rassismus von Halle gegen Rechts – Bündnis für Zivilcourage, die rechtliche Verantwortung und die finanzielle Abwicklung liegen bei unserem Bündnismitglied „Friedenskreis Halle e.V.“ Im Jahr 2017 fanden in den zwei Aktionswochen mehr als 100 Angebote von mehr als 70 Veranstalterinnen und Veranstaltern statt, es beteiligten sich 3.572 aktive Teilnehmerinnen und Teilnehmer, insgesamt wurden 5.196 Besucherinnen und Besucher erreicht. Die Bildungswochen 2017 wurden durch die Landeszentrale für politische Bildung (LpB) Sachsen-Anhalt im Rahmen einer Kooperation mit 2.000,- Euro unterstützt. Diese Mittel wurden für das – durch das Bündnis organisierte – Rahmenprogramm verwendet, was die Auftaktveranstaltung, die Vor- und Nachbereitung der Öffentlichkeitsarbeit, die inhaltliche Schwerpunktveranstaltung und die Abschlussveranstaltung umfasst. Die einzelnen Angebote innerhalb der Bildungswochen werden durch die jeweiligen Veranstalter*innen organisiert und finanziert (beziehungsweise dafür Mittel eingeworben). Zu den mehr als 70 Veranstalter*innen der Bildungswochen 2017 gehörte auch die „Interventionistische Linke Halle“ (IL Halle) mit einer Veranstaltung zu solidarischer Nachbarschaftsarbeit (siehe dazu Seite 47 des Programms¹). Wie ausgeführt, wurden die im Rahmen der Kooperation mit der LpB erhaltenen Mittel nicht für diese Veranstaltung eingesetzt. In der Pressemitteilung² der LpB vom 04.10.2018 wies entsprechend ihr Direktor Maik Reichel die Vorwürfe der AfD als „gegenstandslos“ zurück.

Bildungswochen 2018

Im Jahr 2018 wurden die Bildungswochen im Zuge einer neuen Konzeption (die auf eine inhaltliche Vertiefung und Veranstaltungen in allen Stadtteilen abzielt) mit einem im Vergleich zu den Vorjahren verkleinerten Programm veranstaltet. Die Bildungswochen 2018 wurden aus Mitteln des Landesprogramms für Demokratie, Vielfalt und Weltoffenheit durch das Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration des Landes Sachsen-Anhalt gefördert, wie im Vorjahr wurde die Förderung für das Rahmenprogramm eingesetzt. Eine Veranstaltung der IL Halle fand nicht statt, siehe dazu das Programm³ der Bildungswochen 2018.

Auf der Internetseite der Bildungswochen werden alle bisherigen Förderinnen und Förderer aufgeführt – somit auch die Landeszentrale –, die jeweiligen Programme des Jahres führen entsprechend den jeweiligen Vorgaben und/oder Absprachen die

¹ http://bildungswochen.de/images/Downloadmaterial/BW2017/BW_programmheft_web.pdf

² https://lpb.sachsen-anhalt.de/fileadmin/Bibliothek/Politik_und_Verwaltung/MK/LPB/Dateien_Relaunch_2015/Text/PDF/PMS/PM_51_02102018_Vorwuerfe_AFD.pdf

³ http://bildungswochen.de/images/Downloadmaterial/Programmheft_BW2018_web.pdf

HALLE GEGEN RECHTS – BÜNDNIS FÜR ZIVILCOURAGE

Fördermittelgeber*innen des jeweiligen Programms auf. Dazu zählt auch die „Hallianz für Vielfalt“, lokale Partnerschaft für Demokratie im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.

Das Bündnis Halle gegen Rechts – Bündnis für Zivilcourage

Halle gegen Rechts ist ein überparteiliches Bündnis aus über 100 Einzelpersonen und mehr als 30 Organisationen aus Halle, das sich entschieden gegen die extreme Rechte, Rassismus, Antisemitismus und andere Formen der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit sowie gegen jede Diskriminierung und für Zivilcourage einsetzt. Alle unsere Mitglieder verpflichten sich unserem Selbstverständnis⁴, das auch für die Bildungswochen und Kooperationen von Halle gegen Rechts maßgeblich ist und „lebendige Demokratie als Ausgangspunkt unseres Handelns“ ebenso festschreibt wie Gewaltfreiheit. Aus diesem menschenrechtsorientierten Selbstverständnis heraus informieren wir, klären über Rechtsextremismus auf, intervenieren, organisieren Proteste, begleiten kritisch die Kommunal- und Landespolitik und leisten Bildungsarbeit gemeinsam mit diversen Partnerinnen und Partnern. Halle gegen Rechts ist gut in der Zivilgesellschaft in und über Sachsen-Anhalt hinaus vernetzt, wir führen Gespräche mit allen demokratischen Parteien und stehen als Ansprechpartner zur Verfügung, werden mit unserer Expertise und unserem Engagement regelmäßig von regionalen wie bundesweiten Medien wahrgenommen, insbesondere in der Auseinandersetzung mit der sog. Neuen Rechten und ihren Netzwerken von „Identitären“ bis AfD.

Kriterien für die Demokratieförderung mit staatlichen Mitteln

Der Einsatz für einen demokratischen Rechtsstaat und eine couragierte Zivilgesellschaft ist nur erfolgreich, wenn seine Trägerinnen und Träger eigenständig sind und nicht lediglich die Verlängerung staatlicher Stellen. Nur so ist es möglich, dass Staat und Zivilgesellschaft – auch kontroverse – Auseinandersetzung führen können, eigenständige Positionen gebildet werden und Missstände offen thematisiert. Staatliche Förderung muss dem Rechnung tragen und zu einer Stärkung der Zivilgesellschaft beitragen⁵. In seinem Abschlussbericht führte der zweite NSU-Untersuchungsausschuss des Bundestags mit Blick auf rechten Terror und das Wiedererstarken rechtsextremen Gedankenguts aus „Es ist unabdingbar, dass auch die Zivilgesellschaft gestärkt und Präventionsarbeit gegen Rechtsextremismus

⁴ <http://www.halle-gegen-rechts.de/wir/selbstverstaendnis.html>

⁵ Vgl. die Ziele des Landesprogramms für Demokratie, Vielfalt und Weltoffenheit in Sachsen-Anhalt, insb. Zeilen 114 ff., online hier: https://demokratie.sachsen-anhalt.de/fileadmin/Bibliothek/Politik_und_Verwaltung/MS/MS/S4_Demokratie/13_06_2017Landesprogramm_fuer_demokratie_final.pdf

HALLE GEGEN RECHTS – BÜNDNIS FÜR ZIVILCOURAGE

nachhaltig gefördert wird.“⁶ Dazu sind transparente, nachvollziehbare Kriterien für die Förderung notwendig. Förderung unmittelbar auf die Einschätzung eines Inlandsgeheimdienstes zu stützen, wird dem nicht gerecht. Der Verfassungsschutz in Bund und Länder arbeitet mit einem umstrittenen Extremismusbegriff⁷, welcher in relevanten Teilen der Wissenschaft als unwissenschaftlich abgelehnt wird. Und auch für die wissenschaftliche Debatte ist festzustellen „Eine Linksextremismusforschung ist jenseits der Beschreibung von Einzelphänomenen nicht entwickelt. Positiv bestimmbare Gemeinsamkeiten der als linksextrem beschriebenen Phänomene wie bspw. Einstellungen sind nicht nachgewiesen.“⁸ Darüber hinaus entzieht sich der Verfassungsschutz weitgehend der Kontrolle durch Parlamente und die kritische Öffentlichkeit, da er (notwendigerweise) seine geheimdienstliche Informationsgewinnung nicht transparent macht. Statt die Förderung der Zivilgesellschaft und der Demokratiebildung von einer Behördendefinition und geheimdienstlichen Erkenntnissen abhängig zu machen, sollten wissenschaftlich fundierte Förderkriterien erarbeitet werden, welche der öffentlichen Diskussion zugänglich sind und sicherstellen, dass zivilgesellschaftliche Akteure für tatsächlich förderungswürdige Zwecke unterstützt werden. Insbesondere in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus ist ein wichtiger Aspekt zivilgesellschaftlicher Arbeit die kritische Beschäftigung mit dem Handeln staatlicher Stellen – nicht nur mit Blick auf den NSU, sondern auch im Umgang mit Grund- und Menschenrechten wie bspw. der Versammlungs- und Meinungsfreiheit sowie den Justizgrundrechten; mit institutionellem Rassismus und dem Umgang staatlicher Stellen mit Rechtsextremismus. Darüber wann diese Auseinandersetzung den förderungswürdigen Bereich verlässt, sollte nicht mittelbar ein Geheimdienst entscheiden, der selbst seit Jahren massiv in der Kritik steht im Umgang mit rechtsextremem Terror.

Die IL Halle hat im Rahmen der Bildungswochen 2017 eine – wie oben ausgeführt nicht aus staatlichen Mitteln geförderte – Veranstaltung angeboten, die sich mit solidarischer Nachbarschaftsarbeit, also zivilgesellschaftlichem Engagement in der Kommune auseinandergesetzt hat. Halle gegen Rechts – Bündnis für Zivilcourage liegen keinerlei Anhaltspunkte vor, dass die Gruppe nicht zu den in unserem Selbstverständnis ausgedrückten gemeinsamen Überzeugungen steht. Mit ihrem Aktivismus im Bereich Klimaschutz und Arbeit gegen Rechts erinnert die lokale Gruppierung an vergleichbare erste Entstehungsphasen sozialer oder politischer

⁶ BT-Drucksache 18/12950, Seite 1177 f., online hier: <http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/18/129/1812950.pdf>

⁷ Eiführend bei der Bundeszentrale für politische Bildung, auch mwN, online hier: <http://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/200097/debatte-extremismustheorie>;

⁸ Klaus Ahlheim/Christoph Kopke, Handlexikon Rechter Radikalismus, S. 40 f.

HALLE GEGEN RECHTS – BÜNDNIS FÜR ZIVILCOURAGE

Bewegungen wie z.B. die Grünen in ihrer Gründungszeit. Innerhalb der Bildungswochen hat die IL-Gruppe Halle sich in einem Programm eingebracht, dass sich ausdrücklich als Teil der Demokratiebildung und damit im Rahmen der Ziele der jeweiligen Förderprogramme engagiert. Die aktuelle Behördendefinition von Linksextremismus halten wir für die Bewertung von Förderentscheidungen für unbrauchbar und dringen, wie viele bundesweite Verbände der Beratung im Umgang mit Rechtsextremismus, auf eine wissenschaftlich tragfähige Definition (etwa anhand der Unterscheidung von radikaler Linker und linker Militanz) sowie einer offenen und kritischen Auseinandersetzung hierüber.

Zusammenfassung unserer Stellungnahme

Halle gegen Rechts – Bündnis für Zivilcourage leistet mit den Bildungswochen bundesweit anerkannte, zivilgesellschaftliche Bildungsarbeit für eine offene und demokratische Gesellschaft mit einem menschenrechtsorientierten Ansatz. Dabei arbeiten wir mit allen demokratischen Parteien zusammen, unabhängig davon, ob sie Mitglied unseres Bündnisses sind. Die AfD Partei arbeitet in Sachsen-Anhalt offen mit rechtsextremen Strukturen zusammen, einzelne Personen dabei auch mit gewaltbereiten Gruppierungen wie der „Identitären Bewegung“. Seit Beginn der Legislatur greift sie ganz unterschiedliche Gruppierungen und Personen als vermeintlich linksextrem an, von Verbänden der Jugendarbeit über die LpB bis selbst zum Innenminister. Es handelt sich dabei um rechtsextreme Einschüchterungsversuche und Angriffe auf alle jene, die mit klarer Haltung gegen Rechtsextremismus einstehen und damit auch notwendigerweise gegen die AfD. Dieser Antrag ist sachlich unbegründet und ein rein politischer Versuch, Bildungsarbeit welche Rechtsextremen die Grundlage zu entziehen sucht und sich für den demokratischen Rechtsstaat und eine offene Gesellschaft einsetzt zu verhindern.

Wir fordern Sie daher dazu auf, den Antrag der AfD abzulehnen.

Für Fragen und Gespräche stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen,

Christof Starke
Mitglied im Sprecher*innenkreis

Valentin Hacken
Mitglied im Sprecher*innenkreis